

Nummer 6/2013, 22. Februar 2013

OPU

Wochenpiegel



Editorial

Sehr geehrte User unserer Website, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Treffen einander zwei Fünfzehnjährige nach der Schule. Sagt der eine: „Kommst du noch mit auf den Fußballplatz?“ Antwortt der andere: „Heute kann ich leider nicht, es kommen sich am Nachmittag noch drei Firmenchefs bei mir vorstellen.“

Wer meint, die Realität würde mit diesem Witz nicht Schritt halten, könnte bald irren. Die Süddeutsche Zeitung berichtete vor wenigen Tagen unter dem Titel „Dienstwagen für Azubis“¹ von Entwicklungen, die vor kurzem noch unvorstellbar schienen: Der Chef einer Lackiererei bietet tatsächlich jedem, der sich bei ihm mit einem Notendurchschnitt von unter 1,5 als Lehrling bewirbt, einen kostenlosen Kleinwagen. Als Draufgabe gibt es neben einem „Auto für gute Noten“ noch Bezahlung deutlich über dem Tarifvertrag.

Andere Firmen offerieren ihren Azubis nach bestandener Zwischenprüfung 500 Euro extra und, so berichtet die Süddeutsche, „bei Abschluss der Lehre gibt es weitere 500 Euro obendrauf“². Goldene Zeiten für junge Menschen, die sich nicht in die Akademisierungsfalle locken lassen und bereit sind, einen Lehrberuf zu ergreifen.

Dass OECD und Konsorten weiterhin krampfhaft an der Matura für alle und danach am Bachelor für alle festhalten, führt junge Menschen in vielen Staaten massenweise in die Sackgasse, ist ein rücksichtsloses „Spiel“ mit jungen Menschen, für manche „PlayerInnen“ aber durchaus lukrativ. Denn die Marktgesetze regieren da wie dort, und während „azubi-willigen“ jungen Menschen - auch finanziell - der rote Teppich ausgerollt wird, sinkt der Preis (= Lohn) für massenhaft graduierte AkademikerInnen ebenso schnell. Manche US-amerikanische Firmen laden BewerberInnen ohne „bachelor degree“ gar nicht mehr zum Vorstellungsgespräch ein, und - so schreibt die New York Times - selbst BürobotInnen müssen einen College-Abschluss vorweisen, um dann mit einem Stundenlohn von 10 Dollar angestellt zu werden.³

Über derartige Löhne können deutsche FacharbeiterInnen nur müde lächeln, und mancher Azubi hat bei der Heimfahrt im Dienstwagen für arbeitslose Bachelor - OECD-weit bereits ein Heer von Millionen - wohl nur Mitleid und ein verständnisloses Kopfschütteln übrig. Durchaus möglich, dass ein Lehrling nach dem Vorstellungsgespräch auf Kosten des künftigen Chefs mit einem Taxi nach Hause fährt, an dessen Steuer ein Bachelor der Politikwissenschaften oder ein Magister der Publizistik sitzt, weit jenseits der Zwanzig und ohne realistische Aussicht auf einen facheinschlägigen Berufsweg. Die Frage, ob sich Europa - ganz abgesehen vom Leid für den Betroffenen - mit seiner extrem niedrigen Geburtenrate dieses „Spiel“ auf Dauer leisten kann, ist nicht nur eine akademische.

Doch es gibt den Silberstreifen am Horizont: In den letzten Jahren nimmt die Anzahl der EU-Staaten zu, die sich am deutsch-österreichischen Schulwesen orientieren und Vielfalt statt akademischer Monokultur reaktivieren wollen. Und in den U.S.A., dem Hauptfinanzier der OECD, findet Präsident Obama sehr engagierte und ehrliche Worte über den desaströsen Zustand des US-amerikanischen Schulwesens, das immer mehr SchülerInnen als Dropouts verliert. Zeit, dasa Österreich sein Schulwesen wie ein verspäteter Lemming nach überholten OECD-Vorgaben radikal umbaut? Ein Blick auf die Fakten und mehr Selbstbewusstsein wären im Interesse der Jugend angesagt!

Mit herzlichen Grüßen

Mag. Gerhard Riegler
Vorsitzender der ÖPU

¹ Thomas Öchsner, Dienstwagen für Azubis. In: Süddeutsche Online vom 18. Februar 2013

² a. a. O.

³ Catharine Rampell, It Takes a B.A. to Find a Job as a File Clerk. In: The New York Times Online vom 19. Februar 2013

Die Woche im Medienspiegel der



Massiver Handlungsbedarf im ersten Lebensjahrzehnt:

„Wir müssen das Haus von unten bauen, nicht vom ersten Stock. Wir diskutieren in der Bildungsdebatte meist nur über die Sekundarstufe. Wichtig ist es aber, schon bei den ganz Kleinen zu beginnen. Es ist einfach ein Gebot der Stunde, sich intensiv der Elementarpädagogik und der Volksschule zu widmen.“

NR-Abg. Christine Marek,
Bildungssprecherin der ÖVP,
Presseaussendung vom 1. Februar 2013

Arrogante Abgehobenheit:

„Die Frau BM hat in ihrem Büro, das wohl die Größe mancher Konferenzzimmer hat, leicht lachen, wenn sie Aussagen tätigt, dass es nicht auf die Quadratmeter ankommt. Als Sprachlehrerin benötige ich zum Korrigieren von Hausübungen, Schularbeiten etc. Wörterbücher, einen Computer (für die Korrekturtabellen und zur Recherche) und viel Platz für die Hefte.“

Mag. Eva Teimel, Vorsitzende der ÖPU
Niederösterreich, Leserbrief an
„Die Presse“ vom 10. Jänner 2013

Schulpolitik auf Kosten aller:

„Eine Schulbehörde, die immer noch von solchen Einheitskindern ausgeht, macht mehrere Fehler gleichzeitig. Sie lässt viele Familien allein und schafft damit den Nährboden für Demütigungs- und Benachteiligungserfahrung. Sie verschwendet Humanressourcen und Geldmittel, wenn sie jede Art von Förderung für alle Schüler entwirft und verpflichtend ansetzt (oder unterlässt) – und damit einem falsch verstandenen Gleichheits- und Gleichmachergebot folgt.“

Dr. Gertrude Brinek, Volksanwältin,
Die Presse ONLINE am 11. Jänner 2013

Das verspielte Vertrauen einer Unterrichtsministerin:

„Zum massiven Vertrauensverlust der Ministerin dürfte ihre Aversion gegen das Gymnasium einen nicht unwesentlichen Beitrag geleistet haben. Sie dürfte unterschätzt haben, dass das von ihr gemobbte Gymnasium in der Öffentlichkeit ungebrochen großes Ansehen hat und Vertrauen genießt.“

HR Dr. Norbert Schaller, langjähriger
Obmann der VCL Oberösterreich,
VCL News vom Dezember 2012, Seite 20

Das Chaos, das BM Schmied hinterlässt:

„Ein AHS-Direktor, der mangels Schulwart morgens Schnee schaufeln muss, eine Sekretärin, die stundenweise an einem Standort mit 900 Schülern aushilft, und mühsame Nachbesetzungen, die ein halbes Jahr dauern – laut Gewerkschaft liegt bei der Schulverwaltung derzeit vieles im Argen. „Viele sind mittlerweile an den Rand der Verzweiflung geraten, es mehren sich Krankenstände und Burnout-Fälle.““

Johann Pauxberger, ZA-Vorsitzender
für Unterrichtsverwaltung,
Die Presse ONLINE am 15. Februar 2013

„Störfaktoren staatlicher Wohlfühlprogramme“:

„Die Begriffe Pflicht und Verpflichtung sind zu Unwörtern mutiert, die kaum noch jemand schätzt, sondern als Störfaktoren staatlicher Verwöhn- und Wohlfühlprogramme wahrgenommen werden. Dementsprechend lösen auch verwandte Topoi wie Disziplin, Anstand, Leistungswille, Ehre und Ehrgeiz negative Konnotationen aus.“

Primarius Dr. Marcus Franz,
Der Standard vom 5. Jänner 2013

Diese und viele weitere Zitate auf www.oepu.at